



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Mitteilungen der Deutschen Volksräte Posen und Westpreußens, Nr. 28

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Mitteilungen

der Deutschen Volksräte Posen und Westpreußens

Nr. 28

Verantwortlich: Carl Georg Bruns
Schriftleitung: Bromberg, Belgienplatz 1 III
Fernruf Nr. 321

1. Okt. 1919

Inhalt: Materialien zur ostdeutschen Frage: Zur Lehrerfrage — Aus den Deutschen Volksräten — Pressestimmen: Polnische Presse — Kleine Mitteilungen.

Materialien zur ostdeutschen Frage

Zur Lehrerfrage

Ein Landesschulausschuß für das abgetretene Gebiet

Aus dem besetzten Posener Gebiet kommen bittere Klagen über die Flucht der evangelischen Lehrer, die, ohne von den polnischen Behörden gezwungen zu werden, ihre Stellen verlassen, um nach Deutschland zurückzugehen.

In Nr. 449 des „Reichsboten“ (Berlin) heißt es u. a. in einer Zuschrift aus dem Osten: „Unsere Lehrer werden in Deutschland vielfach bemitleidet und unterflügt. Dazu liegt aber kein Grund vor. Früher behauptete jeder Lehrer hier, er sei eine Stütze des Deutschtums, jetzt verduften sie hier vielfach schneller als die Automobile. Es trifft zu, daß man den deutschen Lehrern zum 1. Mai gekündigt hatte. Für die evangelischen Lehrer ist diese Kündigung zurückgenommen. Trotzdem verschwinden die Lehrer ganz rapide. Die evangelischen Kinder müssen in katholisch-polnische Schulen gehen. Wir spüren hier nichts vom Idealismus des deutschen Lehrers. Er denkt nur an sich und sein Wohl. In den Herzen derer, die zurückbleiben, herrscht eine ungeheure Erbitterung über diese Flucht der Lehrer.“

Die Lehrerfrage ist zum Brennpunkt der Erhaltung des deutschen Schulwesens im Abtretungsgebiet überhaupt geworden.

Auch aus den noch nicht besetzten Teilen Posen und Westpreußens streben die Lehrer danach, im preußischen Schuldienst weiter zu verbleiben und baldigst die Beförderung zu erhalten. Es hat sich in Westpreußen vor Wochen sogar ein Bund abwandernder Lehrer gegründet, dem sofort 700 Lehrer beigetreten sind.

Wir haben ohne Frage hier mit einer schweren Gefährdung des deutschen Schulwesens durch die deutsche Lehrerschaft selbst zu rechnen und müssen noch in letzter Stunde versuchen, diese Gefahr in ihren schlimmsten Auswirkungen abzuwenden. Das können wir aber nicht mit Vorwürfen gegen die Lehrerschaft erreichen, wie sie der „Reichsbote“ der Öffentlichkeit übermitteln. Die innere Schuld an dem Loslösungsbestreben der Lehrer haben in überwiegendem Maße die preußische Unterrichtsverwaltung und deren Organe in den Abtretungsgebieten.

Nachdem der Friede unterzeichnet worden war, kam die allgemeine Unruhe in die gesamte deutsche Beamtenschaft. Die ungleichmäßige und unklare Behandlung der Fälle von Beamtenfragen durch das preußische Ministerium steigerte diese Unruhe. Die besondere Behandlung der oberen Beamtenschaft verbitterte. Die Beamten sahen einer sehr unsicheren Zukunft in einem Fremdstaate entgegen, der

sie nach ihrer Annahme nur für eine Übergangszeit als Lehrmeister gebrauchen wollte. Eine entsprechende Rückversicherung durch den preußischen Staat wurde ihnen nur in unzureichendem Maße gewährt. Die oberen Beamten wurden Hals über Kopf versetzt oder bekamen ihre Versetzungsurkunden. So auch die Schulaufsichtsbeamten. Wie in den anderen Beamtengruppen, so wirkte das schlechte Beispiel auch in der Lehrerschaft verheerend. Als der letzte Fragebogen des Ministers den Satz aufwies: „ich bleibe unter keinen Umständen“ und jeder Lehrer sich ohne weiteres auf diesen Standpunkt stellen konnte, da war es menschlich begreiflich, daß die meisten diesen Strohalm ergriffen, um sich etwas Beruhigung zu verschaffen. Von der weiteren Verwendung im polnischen Dienste, sowie der beruflichen und wirtschaftlichen Stellung dort, hatten die meisten ganz unklare Vorstellungen. Sie glaubten zudem, den preußischen Staatsdienst ein für allemal aufzugeben, wenn sie sich jetzt nicht für ihn entschieden.

Die Lehrerschaft war nur nach der negativen Seite aufgeklärt, und die Regierung hat alles versäumt, ihr rechtzeitig eine Vorstellung von der Möglichkeit weiterer Verwendung an deutschen Schulen auch im polnischen Staate zu machen.

Der Regierung mußte das polnische Schulgesetz, das bereits im Mai dieses Jahres gesetzliche Kraft für Kongregpolen erhalten hatte, bekannt sein. In diesem Gesetz sind den Deutschen in Kongregpolen bereits eigene Schulen mit deutscher Unterrichtssprache fest verbürgt. Der Minderheitenschutzvertrag ist auch seit geraumer Zeit veröffentlicht. Die Schulverwaltungsorgane haben nichts getan, um mit Hilfe dieser Urkunden die Lehrerschaft darüber aufzuklären, daß deutsche Schulen weiter bestehen werden und daß für sie deutsche Lehrkräfte benötigt werden.

Nach der Abtretung des Gebietes war die allgemeine Lösung: „Abbauen und räumen, was später kommt, ist uns völlig einerlei.“ So dachten auch die Schulaufsichtsbehörden, es hieß eben: „Nette sich, wer kann!“ Einer machte den andern verrückt.

In dieser allgemeinen Verwirrung fanden die Lehrer positive Aufklärung und Ermunterung nur von Seiten der Deutschen Volksräte. In wohl über 40 Versammlungen hat der Verfasser dieser Zeilen selbst den Lehrern immer und immer wieder zugerufen: „Bleibt im Lande!“ Eine Erdrosselung des deutschen Schulwesens ist von den polnischen Behörden nicht geplant. Die deutschen Schulgemeinden haben die Lehrer dringend nötig und werden in Zukunft ihnen einen festen Halt bieten. Aberdies gibt es preußische Ministerialerlasse, die die Wiederin-Dienststellung der deutschen Lehrer regeln, die aus dem Auslande in die Heimat zurückkehren.

So gelang es, manchen Lehrer anderen Sinnes zu machen. Ein besonderes Verdienst, für die Bodenständigkeit der deutschen Lehrerschaft gewirkt zu haben, gebührt dem neuen Deutschen Lehrerverbande in Westpreußen, dem in jüngster Zeit ein gleicher Verband für Posen bzw. der Regedistrikt zur Seite getreten ist.

Durch diese Verbände ist der Lehrerschaft erst wieder ein fester Halt gegeben worden. In ihren Richtlinien stellen sie sich eine Fülle von Aufgaben gerade für den bevorstehenden Neuaufbau des deutschen Schulwesens. Der deutsche Schulselbstverwaltungskörper, den die Lehrerverbände als Bürgschaft für die Selbständigkeit des deutschen Schulwesens fordern, ohne dadurch ihren Charakter als Staatsbeamte aufzugeben, bedingt die Mitarbeit der Lehrerschaft. Hier hat sie Gelegenheit, an dem Schicksal der deutschen Schulen und damit an ihrem eigenen aufbauend mittätig zu sein.

Der Anfang zu dieser aufbauenden Arbeit ist bereits gemacht.

Auf Veranlassung der „Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen“ waren am Sonnabend, den 13. September, in Bromberg Vertreter der Lehrerverbände, der Philologenvereine, der einzelnen Schulgattungen, der Geistlichkeit und der deutschen Bevölkerung aus Posen und Westpreußen zusammengekommen und haben nach einem Vortrage, in dem Verfasser die Notwendigkeit der sofortigen Aufnahme der Arbeit an dem Neuaufbau des deutschen Schulwesens ausführlich begründete, die Bildung eines Landesschulausschusses beschlossen. Dieser Schul-

ausschuß wird demnächst mit einem deutschen Schulprogramm heraustreten, das der deutschen Öffentlichkeit ebenso wie vor allem der gesamten Lehrerschaft eine feste Richtung in allen uns bewegenden Schulfragen geben wird. In Stadt und Land werden sich örtliche deutsche Schulausschüsse zu gründen haben, die die örtlichen Schulfragen in den großen Rahmen dieses Schulprogramms einstellen. Die statistischen Erhebungen über Schulen, Lehrer und Schulkinder müssen von unserer Seite in der nächsten Zeit mit aller Sorgfalt betrieben werden, damit eine feste Grundlage für die Neugestaltung des Schulwesens auch von deutscher Seite geschaffen ist. Für den Aufbau polnischer Schulen sind von den polnischen Kreisvolkräten diese notwendigen Vorarbeiten schon abgeschlossen worden. Wir müssen feststellen, wo deutsche Schulen gesetzliche Daseinsberechtigung haben und wo nicht. Dann wird sich bald zeigen, in welcher Zahl deutsche Lehrer Verwendung finden können.

Der Landesschulausschuß erblickt seine vornehmste Aufgabe darin, den Versprechungen des gegenwärtigen preußischen Kultusministers durch die preußische Landesversammlung gesetzliche Kraft verleihen zu lassen. Es muß gesetzlich festgelegt werden, daß die Lehrer, auch wenn sie nach Jahren zurückkehren, mit den gleichen Rechten hinsichtlich der Besoldung, des Ruhegehalts und der Hinterbliebenenfürsorge in preußischen Dienst aufgenommen werden, wie wenn sie den preußischen Staatsdienst nicht unterbrochen hätten.

Daher sollen die deutschen Lehrer von heute ab mit allen Kräften innerhalb ihres Wirkungskreises an der Erhaltung des deutschen Schulwesens mitarbeiten. Je weiter sie in dieser Arbeit vordringen, desto mehr werden Angst und Sorge um die Zukunft schwinden. Die gesamte deutsche Bevölkerung ist heute schon Träger der deutschen Schulfragen. Alle wollen wir einmütig ans Werk gehen. Das Urteil der Geschichte soll in diesem besonderen Kapitel des Deutschtums einmal nicht ungünstig ausfallen. Besonders die Lehrerschaft steht heute unter diesem Urteil. Sie hat aber zum großen Teil für die „Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen“ wertvolle Arbeit zur Sammlung und Stärkung des Deutschtums geleistet, wofür ihr der höchste Dank gebührt. Ihr eigenes Haus wird sie noch freudiger und fleißiger mitbauen wollen. Wenn in ihm auch dies und das moderne Möbelstück fehlen wird, auf Verzierungen dürfen wir heute nicht sehen. Einzelwünsche müssen zum Besten des Ganzen auch von den Lehrern aufgegeben werden. An kleinlichen Bedenken der Lehrerschaft wird das große Werk nicht scheitern. Und wo unsere Lehrer jetzt festeren Boden unter den Füßen spüren, da werden sie auch nicht weiter mit den Möbeln rücken. Aussharren und arbeiten! Das ist heute die Lösung. Einer für alle und alle für einen, dies Wort hat heute für uns Deutsche erst hier seine wahre Bedeutung.

Aus den Deutschen Volksräten

Die Einigung des Deutschtums.

Bromberg, 23. September. Nach mehrwöchigen Verhandlungen ist heute in Bromberg die Einigung des Deutschtums in den dem Friedensvertrag zufolge an Polen fallenden Gebieten abschließend vollzogen worden. An der Sitzung nahmen teil die Vertreter der politischen Parteien sowie die Mitglieder der zu drei Vierteln bereits vorhanden gewesenen Deutschen Provinzialarbeitsgemeinschaft Westpreußen. Zunächst wurde die Arbeitsgemeinschaft Westpreußen durch Abord-

nung von drei Vertretern der Deutschen Partei auf die vorgesehene Zahl zwölf gebracht und damit vervollständigt. Die drei Delegierten der Deutschen Partei für die Westpreußische Provinzialarbeitsgemeinschaft sind Landrat von Conrad-Laskau, Schwinger-Graudenz, Justizrat Menzel-Dirschau. Danach wurde die Provinzialarbeitsgemeinschaft Posen aus je zwei Vertretern der Parteien gebildet. Es gehören ihr an von der Deutschen Partei: Dr. Jahn, Major Graebe; Stellvertreter Krause, Dr. Pfeiler (sämtlich

Bromberg), vom Zentrum: Liedtke und Podzwardowski, Vertreter Raepke, Seelke (sämtlich Bromberg), von der Deutschen demokratischen Partei: Friedland, Piezker, Vertreter: Krumme und Sawazki (sämtlich Bromberg), von der Sozialdemokratischen Partei: Hannemann, Holzendorff, Vertreter: Siegel und Stöbel (sämtlich Bromberg).

Aus den beiden Provinzialarbeitsgemeinschaften Westpreußen und Posen ist zum Schluß als die höchste Spitze des Deutsch-tums im Abtretungsgebiet die Deutsche Zentralarbeitsgemeinschaft mit dem Sitz in Dirschau und dem deutschdemokratischen Ab-geordneten Bürgermeister Winkler-Graubenz als Vorsitzenden gebildet worden. Zur Zentralarbeitsgemeinschaft stellt jede Partei aus ihren Delegierten in den beiden Provinzialarbeitsgemeinschaften je einen Ver-

treter. Sie setzt sich danach zusammen aus den Angehörigen der Deutschen Partei: Dr. Zahn, Stellvertreter: Graebe für Posen, Landrat von Conrad, Stellvertreter: Justizrat Menzel für Westpreußen, aus den Mitgliedern des Zentrums: Liedtke, Stellvertreter: Podzwardowski für Posen, Professor Dr. Klebba, Stellvertreter: Niewolinski für Westpreußen, aus den Mitgliedern der Deutschdemokratischen Partei: Piezker und Sawazki für Posen, Winkler und Klenening für Westpreußen und aus den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei: Hannemann und Stöbel für Posen und Hagl — Stellvertreter wird noch namhaft gemacht — für Westpreußen.

„Ostdeutsche Rundschau“ Nr. 224 vom
25. September 1919.

Pressestimmen

Polnische Presse

„Dziennik Berlinski“ (Berlin) Nr. 208 vom
12. September 1919.

Unsere Angelegenheiten in Polen.

Es ist Zeit umzukehren!

In der „Gazeta Ostrowka“ lesen wir folgendes:

Über hundert Jahre lang lebten wir geteilt in drei Teile, unter den drei uns feindlich gesinnten Regierungen, getrennt durch Grenzfordons, Zölle und schlechten Verkehr. Wir lebten auf diese Weise jedes Teilgebiet für sich selbst.

Im Laufe der Zeit verloren wir die Zügel und wurden gegenseitig immer fremder. Es zeigte sich dies während des Krieges, wo sich jedes Teilgebiet seine eigene Orientierung ausgearbeitet hatte und bis zum letzten kämpfte im Namen dieser Orientierung, ohne sich darum zu kümmern, was die übrigen sagen. Die Wahrheit bahnte sich langsam ihren Weg, die Deutschen öffneten den Angeführten die Augen und mit der Zeit, als auch Rußland niedergerungen worden war, neigte sich die Gewichtsschale auf die Seite

derer, die von Anfang an sich für die Entente erklärt hatten. Und es schien, daß mit diesem Augenblicke irgendeine herzliche Annäherung aller Teilgebiete stattfinden werde, doch es geschah anders.

Anstatt uns zu freuen, daß wir uns endlich alle in einem Polen vereinigten, begannen wir uns gegenseitig einer vor dem andern zu fürchten, begannen Fehler und Mängel herauszufinden und eine chinesische Mauer aufzubauen, damit nur ja nicht das eine Teilgebiete sich dem anderen nähert. Besonders aber verhöhnern unsere Zeitungen Kongreßpolen maßlos, denn in Warschau herrscht Bestechungswesen, ist die Regierung unfähig usw., und sie weisen mit Stolz auf die großpolnische Ordnung hin, auf die mustergültige Ordnungsliebe usw., und die flache und sorglose Allgemeinheit glaubte daran wie gewöhnlich. Es schien, daß das posensche Gebiet als Muster und zum Ruhm Polens dienen soll, und daß der Rest kehrichtig ist. Auch heute noch werden überall, sei es auf der Bahn, sei es auf der Straße oder in Gesellschaft Stimmen laut, welche die Kongreßpolen abfällig beurteilen und laut von Bestechungen usw. sprechen, ohne darauf

zu achten, daß sie geradezu einen Haß gegen die Kongreßpolen und Galizier hervorrufen, der nur auf den Augenblick wartet, wo er das polenische Paradies wird übersfluten und sich die Taschen füllen können.

In den Zeitungen lesen wir immerwährend Schimpfereien über die Zustände in Kongreßpolen und Galizien, gleichsam, als ob man dort gar nichts täte, als ob es dort keinen Fortschritt und Besserung gäbe, sondern alles nach dem Abgrund ströbe. Indessen ist es ganz anders.

Auch bei uns ist dieselbe Korruption vorhanden, wie in den anderen polnischen Gebieten, das Bestechungswesen blüht prachtwoll an sämtlichen Grenzen, das Wuchertum ist in unerhörter Weise gewachsen, die Aufgeblasenheit und Einbildung hat sämtliche Lumpen in ihr Garn verstrickt, sie machen sich heute in den Bureaus breit, rauchen Zigaretten und behandeln die Interessenten nichtachtend, die aus der Provinz eintreffen und es eilig haben, ihre Angelegenheiten zu erledigen, um bald wieder nach Hause zurückzukommen. Man hat den Eindruck, daß die Aufgeblasenheit des preußischen Beamten nicht nur wieder auferstanden ist, sondern sich noch vergrößert hat, wobei sie sich aber auf die polnischen Massen stützt.

Aber die Unbestechlichkeit in den Ämtern gibt auch viel zu denken die Verfügung der Sektion für Handel und Industrie, welche jegliche Ausfuhrgenehmigungen zurückzieht, die vor dem 1. August 1919 erteilt worden waren. Leider hat man diese Verfügung erst gegen den 18. August herausgegeben — etwas reichlich spät für eine derartige Erlaubnis mit Stempel und Unterschrift — unbekannt, ob geschickt nachgemacht oder schwer bezahlt.

Die Juden haben angeblich nach Litauen allerwahrscheinlichst aber für den „Grenzschutz“ gegen 160 Stück Vieh aus Ostrowo herausgeführt. Die Sektion für Handel und Industrie hatte nun vergessen, daß es Telefon und Telegraphen gibt, mit deren Hilfe man die einzelnen Behörden benachrichtigt — die meinte, es sei genug, wenn sie diese Verfügung in den Tageszeitungen öffentlich bekannt gibt.

Es ist sehr zu loben, daß man die Presse so hoch geschätzt, aber in derartigen Fällen zeugt das von einer Unfähigkeit der zuständigen Behörden. Aber Bestechungswesen, Unfähigkeit gibt es bei uns nicht, bei uns geht alles wie nach der Uhr. Zwar geht das Korn aus Großpolen am hellen lichten Tage genau wie nach der Uhr nach Kalisch, wo man damit ganz öffentlich tagtäglich auf der Kalischer Börse handelt, ungeachtet des wachsamem Auges der Kriminalpolizei. —

Nach dem Königreich hat man eiligst Gewehre, Decken und Uniformen geschickt; wo sind aber jene Vorräte, die aus Ostrowo und Krotoschin nach der Okkupierung ausgeführt wurden — wo ist das Klavier aus dem Offizierskasino, wo ist das Billard aus dem Unteroffizierskasino geblieben? Wo befinden sich die zahlreichen Waren, welche auf der Grenze beschlagnahmt wurden, das Tuch, die Wäsche, wo sind die Schuß- und blanken Waffen, welche die Besitzer umsonst zurückfordern?

Man könnte derartiger Angelegenheiten tausende aufzählen — Spiritus, Zigaretten, welche es in der Fabrik nicht gibt, die aber der Direktor zu Bucherpreisen verkauft, dem das Gericht dafür 1000 Mark Strafe auferlegt usw. usw. und das Gold — und die deutschen Banknoten —, wer hat damit nicht gehandelt, von der polnischen Staatskasse an beginnend? Aber genug davon. Wir bringen das Material nicht, um den Leuten die Lust zu nehmen und zu ärgern, sondern nur darum, um den Tümpel einzudämmen, der bei uns über das Königreich verbreitet wird, als ob es nur dort so schlecht ginge.

Der Krieg hat sämtliche Gebiete demoralisiert. Im Königreich und in Galizien arbeitete man schon in Friedenszeit nur mit Bestechung. Die jetzige Demoralisation ist also dort jetzt verständlich, „bei uns“ aber, wo alle vor lauter Moral in der Sonne glänzten, wo man sich schämte, mit der Hand etwas von hinten entgegenzunehmen und erst — die Hand geradeaus vor sich auszustrecken, ist diese Demoralisation bedeutend schlimmer und gründlicher. Mögen also alle diejenigen, die den Splitter im Auge des „Kongreßpolen“

sehen, sich mal erst selbst besser im Spiegel besehen, und sie werden zweifellos in ihrem Auge den „Balken“ sehen — sofern dieser „Balken“ ihnen die Aussicht nicht schon ganz genommen hat.

Unterzeichnet: Jan Nepinski.

„Gazeta Torunska“ (Thorn) Nr. 206
vom 12. September 1919.

In Sachen der polnischen Volksräte

bringt das Blatt folgenden Artikel: Der „Dziennik Berlinski“ wiederholt unseren Artikel, den wir in Sachen des Ausbaus der polnischen Volksräte veröffentlicht haben und macht folgende Bemerkung dazu:

Merkwürdig ist es über das Projekt eines Ausbaus zu lesen, ungeachtet dessen, daß der polnische Landtag dem D. P. B. in Posen bereits den Trauermarsch gespielt hat, und daß sich derselbe insgedessen in Auflösung befindet, welche zwar infolge der Kontrollierung der Ausgaben eine längere Zeit dauern wird. Regieren kann aber der D. P. B. nicht mehr. Es kann lediglich die Rede sein von einer Hilfsfähigkeit der polnischen Volksräte auf den von der Abstimmung zu umfassenden Gebieten, wo es nach unserer Meinung besser wäre, Volksabstimmungskomitees zu bilden.

Die polnischen Volksräte braucht man auf den Polen zuerkannten Gebieten nicht auszubauen. Es sind das politische Übergangschöpfungen, die während des Revolutionsumsturzes in Deutschland entstanden sind, in denen der Gedanke einer polnischen Volksherrschaft sich nicht entwickelt hat, die im Gegenteil eine Sprosse auf der Leiter zum Aufstieg zu Starostenämtern gewesen sind. Oft herrschten in diesen Volksräten ein oder zwei Autokraten und der Rest der Mitglieder war Dekoration ohne größeren Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten.

Die Volksräte in den Polen speziell zuerkannten Gebieten, die nicht von der Abstimmung eingeschlossen sind, müssen eher die Liquidierung vorbereiten. Sie sollten beizugehen ihr Rechenwesen in Ordnung bringen und ihre Ausgaben mit Hilfe gewählter Rassenrevisoren feststellen, um mit dem Augenblick der Übernahme der Macht seitens

der polnischen Regierung in politische Parteien überzugehen, welche dann größere Existenzberechtigung haben werden.

„Gazeta Gbanffa“ (Danzig) Nr. 197
vom 9. September 1919.

Ein Communiqué des Unterkommissariats.

Die polnischen und deutschen Zeitungen haben aus Warschau die Nachricht gebracht, daß die polnische Regierung bereits einige polnische Beamte für das frühere preussische Teilgebiet ernannt habe. Diese Nachricht, sofern sie das polnischerseits noch nicht besetzte Gebiet betrifft, hat Verwicklungen im Verhältnis zur preussischen Regierung hervorgerufen.

Um nun Mißverständnisse zu vermeiden, teilen wir mit, daß die polnische Regierung nicht daran denkt, die Ämter zu besetzen, solange die Bestätigung des Friedensvertrages nicht rechtskräftig wird, daß somit die von den Zeitungen gebrachte Nachricht ungenau oder vorzeitig war.

„Dziennik Bydgoski“ (Bromberg) Nr. 211
vom 12. September 1919.

Die Deutschen organisieren sich.

In Danzig hat am 9. d. Mts. eine Zusammenkunft von Abgeordneten aller deutschen Parteien stattgefunden, welche ein gemeinsames Ausfühungskomitee bilden. Auch Sozialisten vereinigen sich in diesem Verband, welcher Westpreußen und den ganzen Regedistrikt einschließt.

Der Zweck der Organisation ist die Verteidigung des Deutschtums in Polen. Die Deutschen treten zu diesem Zwecke sehr konsequent auf und bilden eine feste Front, in der jede Partei ihre eigenen Interessen dem ganzen unterordnet. —

Bei uns müßte es ähnlich vor sich gehen.

„Radwiskanin“ (Culm) Nr. 70
vom 19. September 1919.

Sei nüchtern und wache!

Unter diesem Titel schreibt das Blatt unter anderem:

Und jetzt eine Frage an unsere Regierung in Warschau und Posen: Sind die Deutschen, sind die deutschen Beamten in unserem bedrohten Gebiete unbedingt notwendig, daß sie

unter uns bleiben, daß man vor ihnen die Klagen bis zur Erde abziehen muß? — Nur einzig und allein der Bequemlichkeit wegen, Ihr Herren, damit Euch die Amtierung auf Euren Posten bequem und leicht wird, indem Ihr ein Aufgebot niederer deutscher Beamten habt, wird das polnische Volk eine derartige Gefahr nicht leiden, wird nicht erlauben, mit dem Feuer zu spielen.

Arbeitet Euch doch selbst durch mühevolle Arbeit in Eure Ämter ein und bewacht von ihnen aus die niederen Ämter. — In unseren Ausnahmeverhältnissen kann unser Beamter auch weniger für den einzelnen Posten passen, wenn er nur arbeitsfreudig und aufrichtig ist, und wenn er ein Herz für die Sache zeigt — wenn er Pole ist. Aus einer derartigen Mauer unserer Landsleute soll unser Beamtenstand rekrutiert werden — und Polen wird keinen Schaden erleiden. — Jeden deutschen Beamten wollen wir uns am hellen lichten Tage gut ansehen. Du Volk „Sei nüchtern und wache!“

„Dziennik Bydgoski“ (Bromberg) Nr. 208 vom 9. September 1919.
Um die polnische Valuta.

Die Frage der Änderung der polnischen Valuta war Gegenstand einer Beratung von Abgeordneten polnischer Gesellschaften und Vereine auf einer Konferenz, welche vor einigen Tagen in Posen stattgefunden hat, und an der mehrere hundert Vertreter von Gesellschaften und Unternehmungen teilnahmen. Geistlicher Adamski sprach in einem sachlichen Vortrage über die Wichtigkeit der

Valutareform, wobei es sich um drei Fragen handelt: Um die Einführung einer einheitlichen polnischen Münze, um die Verringerung der Gattungsarten des sich im Umlauf befindlichen Geldes, und um die Normierung des polnischen Geldes im Verhältnis zum Geldwerte. Es wurde folgende Resolution angenommen: Die in Posen versammelten Vertreter Großpolnischer Gesellschaften erklärten sich gegen die Durchführung der polnischen Valutareform auf der Basis der Vereinheitlichung, denn die sogenannte Vereinheitlichung der Geldzahlmittel würde den Staat vor zukünftigen wirtschaftlichen Erschütterungen nicht schützen. Dagegen fordern sie die Durchführung einer Reform in dem Sinne, daß

1) der Ausgangspunkt die Annahme des Münzrechtes auf Grund des Franken sein wird,

2) verschiedene Umlaufsurse des Bargeldes den Verpflichtungen angepaßt werden,

3) man die Verpflichtungen nach der Goldvaluta umrechnen wird entsprechend der Goldparität, und daß der Umtausch des Bargeldes in Gold nach demjenigen Kurse stattfindet, welcher den großen Erschütterungen im wirtschaftlichen Leben vorbeugt, gleichzeitig aber den Staatsschatz nicht zu sehr beschwert. Die versammelten Vertreter der Großpolnischen Gesellschaften drücken auch den Wunsch aus, daß man mit der Valutareform auch nicht einen Tag länger zögere, da der jetzige chaotische Übergangszustand die Unternehmungslust dämmt und das Land unberechenbaren Verlusten aussetzt.

Kleine Mitteilungen

Eine rechtsungültige polnische Bekanntmachung.

Das amtliche polnische Wochenblatt hat nach dem „Dziennik Bydgoski“ folgende Bekanntmachung des Hauptliquidationsamtes in Posen verbreitet:

„Jegliche Rechtshandlungen, welche die Krone, die deutsche Republik, ihre Regierungen oder andere im Artikel 256 Ab-

satz 2 des Friedensvertrages genannte Persönlichkeiten, ferner Privatpersonen, Behörden und Anstalten seit dem 4. Oktober 1918 vorgenommen haben oder vornehmen sollten, sind dem polnischen Staate gegenüber ungültig, sofern sie die Unmöglichkeit oder Erschwerung seiner Ansprüche auf alle diejenigen Objekte bezwecken, welche dem Sinne des Friedens-

vertrages gemäß auf ihn übergehen oder von ihm liquidiert werden können.“

Es ist selbstverständlich, daß eine solche Verfügung keinerlei Rechtsgrundlage besitzt. Der Artikel 256 Absatz 2 des Friedensvertrages lautet: „Im Sinne dieses Artikels gilt das gesamte Eigentum der Krone, des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten sowie das Privateigentum des vormaligen Deutschen Kaisers und der anderen königlichen Personen als zum Gut und Eigentum des Deutschen Reichs und der deutschen Staaten gehörig.“ Im Artikel 440, der von der Rechtsgültigkeit des Friedensvertrages handelt, heißt es aber: „Ein erstes Protokoll über die Niederlegung der Ratifikationsurkunden wird errichtet, sobald der Vertrag von Deutschland einerseits und von drei alliierten und assoziierten Hauptmächten andererseits ratifiziert ist. Mit der Errichtung dieses ersten Protokolls tritt der Vertrag zwischen den Hohen vertragschließenden Teilen, die ihn auf diese Weise ratifiziert haben werden, in Kraft. Dieser Zeitpunkt gilt zugleich als Zeitpunkt des Inkrafttretens bei Berechnung aller in dem gegenwärtigen Vertrage vorgesehenen Fristen.“

Daraus geht deutlich hervor, daß Rechtsgeschäfte der oben erwähnten Art erst vom Augenblick des Inkrafttretens des Friedensvertrages ungültig sein könnten. Eine andere Auslegung würde eine flagrante Rechtsverletzung bedeuten.

„Ostdeutsche Rundsch.“ Nr. 223 vom
24. September 1919.

Eine polnische gesetzgebende Kommission.

Durch Landtagsbeschluß vom 3. Juni d. J. ist eine gesetzgebende Kommission gebildet worden, welche die Aufgabe hat, eine einheitliche Zivilgesetzgebung zu schaffen und zwar eine Handels- und Strafgesetzgebung usw.

Die Kommission zählt 43 Mitglieder, die von dem Staatsoberhaupt ernannt worden sind, darunter als Präsidenten den Professor der Krakauer Universität Dr. Franz Fierich, drei Vizepräsidenten, je einen

aus jedem Teilgebiet; aus unserem Gebiete ist dazu der Rat Ludwig Eichowicz, Advokat und Notar in Posen ausersehen worden, außerdem verschiedene Mitglieder aus dem früheren preussischen Teilgebiet, (weiter führt die Zeitung die einzelnen Mitglieder auf).

„Gazeta Gdansta“ (Danzig) Nr. 200 vom
12. September 1919.

Das neue polnische Geld.

Die polnische Regierung hat beschlossen, neues Geld herauszugeben und zwar auf der Basis der neuen Münzeinheit, welche der Gulden darstellt, der einer deutschen Mark gleich ist.

Aus einem Kilogramm Gold von $\frac{900}{1000}$ Inhalt werden 3100 Stück polnische Gulden gemünzt werden, natürlich mit einer gewissen Zugabe von Kupfer als Zwanzig- und Zehnguldenstücke.

Die Silbermünze, deren Inhalt $\frac{900}{1000}$ Silber ist, wird in Fünf- und Zweiguldenstücken gemünzt.

Weiter Zwanziggroschenstücke aus Nickel, Zehn-, Zwei- und Eingroschenstücke aus Eisen.

Der polnische Gulden wird hundert Groschen enthalten. Papiergeld wird in der neuen Valuta auch herausgegeben werden und zwar zu allererst in Tausendgulden-scheinen.

Die neuen Tausendgulden-scheine werden datiert sein vom 17. Mai 1919 und die Unterschriften des jetzigen Reichsbankdirektoriums d. h.: der Herren

Ernest Adam und Joseph Sapczynski und des Hauptklassierers Marian Karpus tragen.

Die Numerierung soll mit Nummer 1 beginnen. Auf der linken Vorderseite wird das Porträt Kosciuszko's, auf der rechten Seite der neue polnische Adler, auf dem Unterdrucke von denselben Adlern in acht Ecken auf Medaillons enthalten sein.

„Biarus Półstki“ (Wochum) Nr. 210 vom
12. September 1919.